



# Plenarprotokoll

## 120. Sitzung

Montag, 20. Juli 2009

**Vorzeitige Beendigung der  
16. Wahlperiode des Schleswig-  
Holsteinischen Landtags nach Arti-  
kel 13 Abs. 2 der Verfassung des  
Landes Schleswig-Holstein.....**

8862

Antrag der Fraktionen von CDU,  
FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2801 (neu)

Ute Erdsiek-Rave [SPD], persön-  
liche Erklärung.....

8863

Beschluss: Ablehnung.....

8864

Peter Harry Carstensen, Minister-  
präsident.....

8864

**Vorzeitige Beendigung der Wahl-  
periode durch den Ministerpräsi-  
denten (Artikel 36 Abs. 1 LV).....**

8864

Antrag des Ministerpräsidenten

Dr. Johann Wadephul [CDU], zur  
Geschäftsordnung.....

8864

Beschluss: Tagesordnungspunkt ohne  
Beschluss unterbrochen.....

8864

**Gemeinsame Beratung**

**a) Regierungserklärung zu den  
Vorkommnissen im Kernkraft-  
werk Krümmel.....**

8865

**b) Wiederinbetriebnahme des  
Atomkraftwerks Krümmel.....**

8865

Antrag der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2752

Antrag der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2789

Karl-Martin Hentschel [BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN], zur  
Geschäftsordnung..... 8865

Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Ge-  
schäftsordnung..... 8865

Anke Spoorendonk [SSW], zur  
Geschäftsordnung..... 8866

Dr. Johann Wadepuhl [CDU], zur  
Geschäftsordnung..... 8866

Wolfgang Kubicki [FDP], zur Ge-  
schäftsordnung..... 8867

Beschluss: Vertagung des Tagesord-  
nungspunktes auf Donnerstag, den  
23. Juli 2009..... 8867

\* \* \* \*

#### Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minis-  
terpräsidenten und Ministerin für Bildung und  
Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und  
Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für  
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirt-  
schaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales,  
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

\* \* \* \*

**Beginn: 10:05 Uhr**

#### Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne  
die heutige Sitzung, begrüße Sie alle ohne Ausnah-  
me, auch die Besucher auf der Tribüne, ganz herz-  
lich!

(Beifall)

Erkrankt sind die Kollegen Holger Astrup und Tho-  
mas Stritzl. Beiden von hier aus gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt ist die Frau Abgeordnete Regina Poersch.  
Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 c auf:

#### **Vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach Arti- kel 13 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schles- wig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
**Drucksache 16/2801 (neu)**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen  
und Kollegen, vor der Abstimmung über den vor-  
liegenden - wie ich finde - bedeutsamen Antrag auf  
vorzeitige Beendigung der Wahlperiode will ich  
noch eine Anmerkung machen.

Der Verfassungsgeber dieses Landes hat im Zuge  
der Verfassungsreform 1990 dem **Landtag** das  
Recht eingeräumt, unter gleichzeitiger Bestimmung  
eines Termins eine Neuwahl vornehmen zu lassen  
und mit einer autonomen Entscheidung die Wahl-  
periode vorzeitig zu beenden. Vor der Parlaments-  
und Verfassungsreform konnte der Landtag nur auf  
Antrag des Ministerpräsidenten mit der Mehrheit  
seiner Mitglieder seine **Auflösung** beschließen. In  
dem Antragsrecht zur Selbstauflösung, das allein  
dem Ministerpräsidenten zustand, wurde ein Aus-  
weis seiner starken Stellung im schleswig-holsteini-  
schen Verfassungssystem gesehen. Aus diesem An-  
tragsrecht des Ministerpräsidenten ergab sich eine  
Abhängigkeit des Landtags in Krisensituationen,  
die auch nach meinem Verständnis nicht dem Ver-  
hältnis von Parlament und Regierung in einer parla-  
mentarischen Demokratie entspricht.

Deshalb hat die Parlaments- und Verfassungsre-  
form 1990 dem Landtag das Recht eingeräumt,  
durch eine **autonome Entscheidung** die Wahlperi-  
ode vorzeitig zu beenden. Der Landtag hat es damit

**(Präsident Martin Kayenburg)**

selbst in der Hand, in Fällen einer politisch instabilen Lage den Weg für **Neuwahlen** freizumachen.

Ich nehme wahr, dass es inzwischen auch der Wunsch einer deutlichen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist, zu vorgezogenen Neuwahlen zu kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, wenn ich den Umfragen glauben darf - und dies ist meine Wahrnehmung! Von dieser Stelle aus will ich nicht versuchen, über die Gründe und Ursachen der vorliegenden Krisensituation zu philosophieren. Tatsache ist: Am vergangenen Freitag haben die Redner aller Fraktionen in diesem Haus für vorgezogene Neuwahlen plädiert.

Wenn dies aber der Wunsch aller Fraktionen ist, dann sollte der Landtag selbst diese Entscheidung treffen und das Heft des Handelns nicht an den Ministerpräsidenten abgeben, um ihn auf den Weg zu einer unechten Vertrauensfrage zu schicken, um zum allseits gewünschten Ziel der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode zu kommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an unsere Debatte vom vergangenen Mittwoch erinnern, in der wir bei der Diskussion über die Schuldenbremse noch einmal sehr ernsthaft über das **Selbstverständnis des Parlaments** und der Volksvertretung dieses Landes diskutiert haben. Diese Debatte möchte ich Ihnen gerade heute ins Gedächtnis zurückrufen, weil es auch heute um ein bedeutsames Recht des Parlaments und letztlich um das Selbstverständnis dieses Parlaments sowie unser aller Verständnis vom freien Mandat geht.

So wie ich in der letzten Woche dafür plädiert habe, die ebenfalls grundlegende Entscheidung über die neue Schuldenregelung hier im Landtag zu treffen und diese Entscheidung nicht etwa dem Bund zu überlassen, plädiere ich an dieser Stelle: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie als Parlamentarier alle Ihre Verantwortung wahr, und geben Sie die Entscheidung nicht in die Hand des Ministerpräsidenten! Gehen Sie verantwortungsvoll mit dem Recht dieses Landtags um!

(Zurufe von der SPD - Günter Neugebauer [SPD]: Herr Präsident, das steht Ihnen nicht zu!)

- Ich kann keinen Missbrauch des Amtes erkennen, Herr Kollege Neugebauer, Herr Kollege Fischer, wenn ich an unsere Verfassung erinnere, auf die Rechtsfolgen hinweise und auf das autonome Recht dieses Parlaments. Im Übrigen glaube ich, dass Sie

den entscheidenden Satz nicht wahrgenommen haben: Ich habe nämlich auch darauf hingewiesen, dass ich es nicht für richtig halte, dem Ministerpräsidenten den Weg zu einer in meinen Augen nicht gerechtfertigten Vertrauensfrage zu geben.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich das Wort zu einer persönlichen Erklärung an die Frau Abgeordnete Ute Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landtagspräsident, ich bin seit 22 Jahren Mitglied dieses Landtags. Ich denke, ich habe alle Entscheidungen, die ich hier getroffen habe, immer nach bestem Wissen und Gewissen getroffen. Das gilt auch heute.

Im Einvernehmen mit meiner Fraktion möchte ich als Abgeordnete und zugleich als stellvertretende Ministerpräsidentin mein Abstimmungsverhalten erklären.

Ich habe in den zurückliegenden vier Jahren eine Regierungsarbeit mitgestaltet, die von notwendigen harten Konflikten, aber zugleich von dem Bemühen um gemeinsame Lösungen und um Konsens und Kompromisse bestimmt war. Ich habe die gefundenen Kompromisse nach außen vertreten, und ich habe dabei Widerstände aus Teilen der Koalition, aber ebenso auch große Rückendeckung erfahren.

Ich will und werde nicht akzeptieren, dass die heutige Abstimmung ein Scheitern der Großen Koalition in ihrer Regierungsarbeit ist. Politik wird von Menschen gemacht. Sie lebt von verschiedenen Persönlichkeiten, und sie lebt von unterschiedlichen Grundauffassungen und Überzeugungen. Unversöhnlichkeit und Feindschaft darf daraus nicht werden.

Ich habe die Große Koalition immer auch als Chance verstanden, Gräben zuzuschütten und dieses Freund-Feind-Denken zu überwinden. Ich will nicht akzeptieren, dass dies gänzlich gescheitert ist. Ich stimme deshalb einer Auflösung des Landtags, die mit dem Scheitern der gemeinsamen Politik begründet wird, nicht zu.

Diese Erklärung tragen meine Kollegen und meine Kollegin, die Minister Uwe Döring, Lothar Hay und Ministerin Dr. Gitta Trauernicht mit.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Vielen Dank, Frau Erdsiek-Rave. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

**(Präsident Martin Kayenburg)**

Ich weise darauf hin, dass nach Artikel 13 Abs. 2 der Landesverfassung eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags, das heißt 46 Abgeordnete, erforderlich ist, um die 16. Wahlperiode vorzeitig zu beenden.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/2801 (neu), zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, damit ist die erforderliche Mehrheit, das Quorum von zwei Dritteln, nicht erreicht, und der Antrag Drucksache 16/2801 (neu) ist bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Herr Ministerpräsident, ich höre, Sie haben um das Wort gebeten. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Geschehnissen der vergangenen Wochen und besonders nach den Geschehnissen der vergangenen Tage lassen Sie mir nach dieser Abstimmung keine andere Wahl.

Ich beantrage gemäß Artikel 36 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, mir das Vertrauen auszusprechen. Einen gleichlautenden schriftlichen Antrag übergebe ich dem Herrn Landtagspräsidenten. Der Antrag wird von mir im Rahmen der Aussprache weiter begründet werden. Ich bitte darum, eine Entscheidung über diesen Antrag unverzüglich nach Ablauf der Frist aus Artikel 36 Abs. 1 Satz 2 der Landesverfassung herbeizuführen.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat mir soeben schriftlich den Antrag überreicht, mit dem er die Vertrauensfrage nach Artikel 36 Abs. 1 Landesverfassung stellt:

**Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch den Ministerpräsidenten (Artikel 36 Abs. 1 LV)**

Antrag des Ministerpräsidenten

Ich werde den Antrag als Drucksache 16/2807 verteilen lassen.

Nach Artikel 36 Abs. 1 Landesverfassung müssen zwischen dem Antrag und der Abstimmung 48 Stunden liegen. Eine Debatte über diesen Antrag ist jedoch bereits jetzt zulässig.

Ich denke, die Geschäftsordnungsmeldung zielt auf Unterbrechung der Sitzung ab. - Bitte, Herr Dr. Wadephul, Sie haben das Wort.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Landtagspräsident! Ich beantrage, die Sitzung zu unterbrechen, eine Ältestenratsitzung einzuberufen und uns die Möglichkeit zu geben, in den Fraktionen zusammenzukommen.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Da gibt es, denke ich, keine Gegenreden. Dann wird die Sitzung jetzt für - so schlage ich vor - eine Stunde zur Durchführung einer Ältestenratsitzung, die sofort stattfindet, unterbrochen.

Wir treffen uns hier um 12:15 Uhr wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 11:15 bis 12:16 Uhr)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist ein besonderer Tag. Uns liegt der Wunsch einer Fraktion vor, die Tagung erst um 13 Uhr fortzusetzen. Ich bitte um Verständnis.

Wir setzen die Tagung also um 13 Uhr mit den Tagesordnungspunkten 1 a) und 31 - Atomkraftwerk Krümmel - fort. Bis dahin haben Sie noch frei.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:17 bis 13:16 Uhr)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte zunächst die Herren Fotografen, sich aus dem inneren Rund zu begeben. Der Ministerpräsident ist nicht hier. Es lohnt sich nicht, leere Plätze zu fotografieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die 45. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags fort. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1a) und 31 auf:

**Gemeinsame Beratung**

(Präsident Martin Kayenburg)

**a) Regierungserklärung zu den Vorkommnissen im Kernkraftwerk Krümmel**

**b) Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Krümmel**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2752

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2789

Mir ist ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen, im Einvernehmen mit dem Antragsteller und der FDP-Fraktion die Sitzung heute erneut zu unterbrechen und diesen Tagesordnungspunkt bei der Fortsetzung der Tagung am Donnerstag um 10 Uhr aufzurufen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Hentschel möchte sich zu diesem Antrag äußern.

(Konrad Nabel [SPD]: Letzter öffentlicher Auftritt! - Wolfgang Baasch [SPD]: Das erzähl mal den Bürgern vor Ort! - Weitere Zurufe von der SPD)

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat die Vertrauensfrage gestellt. Mir wurde gesagt, dass es nicht klar ist, wer in dieser Situation für die Regierung spricht. Wir werden in den nächsten zwei Monaten bis zur Wahl und darüber hinaus bis zur Neuwahl der Regierung eine Situation haben, in der eine Regierung weiter kommissarisch regiert. Die Krümmel-Frage hat große Bedeutung, sie hat so große Bedeutung, dass ich nicht auf die Debatte verzichten möchte,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

sondern dass ich Wert darauf lege, dass die Debatte in einem angemessenen Rahmen stattfindet.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Alle Fraktionen haben signalisiert, dass sie anwesend sein werden, dass es eine hohe Präsenz im Haus gibt

(Zurufe von der SPD)

und dass wir die Debatte in einem angemessenen Rahmen führen werden. Das ist mir wichtig.

(Zurufe von der SPD)

Es besteht die Möglichkeit, bis Donnerstag zu klären, wer in welcher Form für die Regierung spricht. Außerdem besteht die Möglichkeit, bis Donnerstag zu klären, ob die Resolution überarbeitet werden soll oder nicht und in welcher Form sie gegebenenfalls überarbeitet wird. Ich habe die Hoffnung, dass wir bis Donnerstag eine Resolution haben, die mehrheitsfähig ist und mit großer Mehrheit im Hause verabschiedet werden wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Aus diesem Grund glaube ich, dass es sehr klug ist, die Debatte auf Donnerstag zu vertagen. Deswegen werde ich den Antrag, der gestellt worden ist, unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was ist bloß aus den Grünen geworden! - Weitere Zurufe von der SPD: Peinlich! Peinlich!)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rede hier für den Kollegen Astrup, der leider krankheitshalber verhindert ist, sonst hätte er an meiner Stelle geredet.

Erstens. Die Menschen in diesem Land erwarten, dass wir uns zu der gravierenden Pannenserie in Krümmel äußern, zumal die Landesregierung dazu eine Antwort auf die Große Anfrage beschlossen hat und die zuständige Ministerin auf der Regierungsbank sitzt und die Regierungserklärung abgeben kann.

(Beifall bei SPD und SSW)

Zweitens. Die Behauptung, wir könnten das ruhiger und mit größerem Interesse Donnerstag machen, nachdem die Entscheidung über den Antrag des Herrn Ministerpräsidenten, ihm das Vertrauen auszusprechen, geführt worden ist, hat aus meiner Sicht mit einer realitätsgerechten Betrachtung nichts zu tun.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Beifall bei SPD und SSW)

Drittens. Wenn Sie mir die Bemerkung als Jungparlamentarier gestatten - es ist ja meine erste Legislaturperiode -: Wir hatten vereinbart, den Antrag am Freitag auf die Tagesordnung zu nehmen - gesetzt -, haben dann mit Blick auf die Dringlichkeit eines anderen Antrags, dem wir zugestimmt haben, die Beratung verschoben. Jenen Antrag, dem wir zugestimmt hatten, mussten wir, weil er nicht gut genug formuliert war, auf heute vertagen. Deswegen konnte am Freitag die Debatte nicht stattfinden. So hatten wir vereinbart, es heute zu machen. Aber nachdem der Ältestenrat heute noch einmal zusammengekommen war und man vereinbart hatte, man führt die Debatte heute Mittag, dachte eine Fraktion noch einmal darüber nach, dass es ihr nicht gefällt, dass heute zu dem Thema geredet wird, und will das Ganze noch einmal verschieben. Hier muss ich sagen: Das ist ein Umgang mit dem Parlament, der diesem Parlament nicht würdig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir wissen ja, wer das sagt!)

Die SPD-Fraktion wird gegen eine Vertagung der Beratung dieses Antrags stimmen, weil wir den Menschen in diesem Land nicht signalisieren wollen, dass uns das Thema Atomenergie und ihre Sorgen und Nöte egal sind und wir uns nur mit uns selbst beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern für den SSW begründen, warum wir dem vorliegenden Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen werden. Beschlossen war, dass die Debatte zum Kernkraftwerk Krümmel heute stattfinden sollte. Diese Debatte sollte heute stattfinden, weil sie nur heute Sinn macht. Am Donnerstag wird die Situation eine ganz andere sein. Natürlich kann man die Debatte auch am Donnerstag führen, und der SSW wird sie auch am Donnerstag führen, wenn sie denn geführt werden soll, aber der richtige Zeitpunkt für das Parlament wäre die Debatte am heutigen Tag. Daher werden wir dem vorliegenden Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der CDU hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Johann Wadephul, das Wort.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens. Herr Kollege Stegner, mit dem Parlament wird nicht umgegangen, sondern das Parlament geht mit sich selber um. Es trifft Entscheidungen darüber, wann und wo es welchen Tagesordnungspunkt berät. Nur weil Ihre Fraktion bei einem Punkt keine Mehrheit hat, sollte man nicht abstrakt darüber reden, dass mit dem Parlament schlecht umgegangen wird, sondern das ist schlicht und ergreifend Ausdruck des Umstands, dass eine Mehrheit dieses Plenums etwas anderes möchte als Sie. Möglicherweise werden Sie sich an diesen Zustand gewöhnen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Dieses Parlament hat im zuständigen Fachausschuss am vergangenen Freitag - darüber sollten Sie sich von Ihren Fachpolitikern informieren lassen; die waren nämlich dabei - dieses Thema drei Stunden lang beraten, und zwar intensivst. Hier den Eindruck zu erwecken, als würde dieses Parlament mit diesem schwerwiegenden Vorfall, der uns natürlich alle besorgt macht, der uns energiepolitisch alle zum Nachdenken veranlasst, nicht entsprechend umgehen, und das Thema würde von uns nicht behandelt werden, ist falsch, Herr Kollege Stegner.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sollten Ausschussarbeit hier nicht so geringschätzend beurteilen, wie es den Eindruck hat.

(Beifall bei CDU - Widerspruch bei der SPD)

Drittens. Auch wenn wir sicherlich energiepolitisch in diesem Haus gerade über den Punkt - auch in der Großen Koalition - immer gestritten haben: Wir werden am kommenden Donnerstag über diesen Punkt miteinander zu reden haben. Das ist vereinbart. Ich werde jeden von Ihnen, der sich jetzt lautstark zu Wort meldet, am Donnerstag daraufhin prüfen, ob er hier im Plenum sitzt und an der Debatte teilnimmt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

**(Dr. Johann Wadehul)**

Ich hoffe, Ihren Worten werden dann Taten folgen.

Ich sage für die CDU-Fraktion dem Kollegen Hentschel ausdrücklich Dank für die Bereitschaft, das zu vertagen. Wir werden hier diskutieren. Wir sind zu einer konstruktiven Diskussion und auch zu einer konstruktiven Beratung über den Antrag bereit. Vielleicht findet man an der einen oder anderen Stelle sogar Gemeinsamkeiten. Dazu sind wir bereit. Darüber werden wir in den nächsten Tagen mit Ihnen gemeinsam beraten, und dann sollten wir am Donnerstag in die Sachdebatte eintreten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP hat der Oppositionsführer, der Herr Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre seit nahezu 20 Jahren verschiedenen Parlamenten in Deutschland an, Herr Kollege Stegner.

(Unruhe bei der SPD)

- Ich werde einige von euch Sozialdemokraten vermissen, wenn ihr das nächste Mal nicht mehr dabei seid; das kann ich wirklich sagen.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, wie ich hier rede, überlassen Sie mir, genauso wie ich es Ihnen überlasse, wie Sie reden! Das habe ich mir auch angehört.

(Beifall bei der FDP)

Es ist parlamentarische Tradition, dass dann, wenn der Antragsteller sich bereit erklärt oder beantragt, einen Antrag nicht zu debattieren beziehungsweise zu einem späteren Zeitpunkt zu debattieren, dem nachgegangen wird. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich - liebe Frau Kollegin Spoorendonk, ich war auch im Plenarsaal - außerhalb des Ältestenrats darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt am Donnerstag aufzurufen. Ich halte das - das habe ich auch im Ältestenrat deutlich gemacht - für vernünftig.

Wir haben am Donnerstag eine Entscheidung zu treffen. Wir treffen uns Donnerstag, weil die Sozialdemokraten heute nicht Manns und Frau genug waren, der Auflösung des Parlamentes zuzustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich denke, neben der wichtigen Entscheidung über die Vertrauensfrage ist ein zweiter wichtiger Punkt zu debattieren, um deutlich zu machen, dass wir uns nicht nur wegen der Vertrauensfrage hier treffen; denn sonst könnten wir den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins nicht deutlich machen, was denn die erheblichen zusätzlichen Kosten dieser Veranstaltung beinhalten.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben zugesagt - dazu stehen wir -, dass wir dieses Thema am Donnerstag debattieren. Herr Dr. Stegner war völlig anderer Auffassung, er ist der Auffassung, dass es Donnerstag gar nicht dazu kommen wird. Wir sagen für die FDP-Fraktion zu, dass wir das debattieren werden, dass wir auch vollständig anwesend sein werden. Ich hoffe das von den anderen auch.

Ich würde den Sozialdemokraten wirklich empfehlen, in sich zu gehen. Die Art und Weise, wie Sie sich momentan parlamentarisch nach innen und außen repräsentieren, ist unter aller Würde!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist beantragt worden, die Tagung bis Donnerstag, den 23. Juli, um 10 Uhr zu unterbrechen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat das Hohe Haus dieser Unterbrechung mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW zugestimmt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fortsetzung der Tagung erfolgt - wie gesagt - am Donnerstag um 10 Uhr. Ich weise aber jetzt schon darauf hin, dass die Sitzung nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage voraussichtlich für eine halbe Stunde unterbrochen werden wird, sodass die Tagesordnungspunkte zu Krümmel etwa eine halbe Stunde nach der Abstimmung aufgerufen werden.

Nun unterbreche ich die Tagung bis nächsten Donnerstag, 10 Uhr, und schließe die Sitzung.

**Schluss: 13:29 Uhr**